



Aktenzeichen: SPD

Datum: 19.01.2022

Hinweis:

Beratungsfolge: Stadtrat

**Vorbereitung auf Erfordernisse des Onlinezugangs-Gesetzes (OZG)
hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion**

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. im ersten Quartal 2022 dem Stadtrat einen Bericht über den Stand der Vorbereitungen auf die Bereitstellung der im Onlinezugangs-Gesetz (OZG) für Ende 2022 vorgesehenen über 400 digitalen Bürgerdienste zu erstatten, und dabei
 - a. insbesondere auch diejenigen Verwaltungsdienstleistungen zu benennen, die bereits online zur Verfügung stehen bzw. bis Jahresende 2022 zur Verfügung stehen werden
 - b. die Vorgänge zu benennen, die voraussichtlich nicht zu diesem Termin bereitstehen werden
 - c. über die Arbeit des „Rheinland-Pfälzischen Projektbüro OZG“ zu berichten, dem die Stadt Frankenthal mit Beschluss vom Dezember 2020 (Drs. XVII/1199) beigetreten ist, und zu berichten, welche verwaltungsinternen Abläufe bereits auf der Grundlage der Beratung durch das Projektbüro an die Erfordernisse digitaler Dienstleistungsprozesse angepasst worden sind.
2. zu berichten,
 - a. ob - wie in der Drucksache XVII/0801 vom Juli 2020 angekündigt - die Dokumentenmanagement-Software von KommWis angeschafft und implementiert worden ist
 - b. ob und wie die Schulungen für die Beschäftigten (unter den schwierigen Corona-Bedingungen) in 2021 durchgeführt worden sind
 - c. wann in der Stadtverwaltung mit der umfassenden Einführung der elektronischen Akte und eines digitalen Workflow zu rechnen ist.

Begründung:

Der Stadtrat hat sich bereits mehrfach mit den Vorgaben und Herausforderungen des Onlinezugangs-Gesetzes (OZG) befasst, das ja ab Ende 2022 vorsieht, dass mehrere hundert bürgerorientierte Verwaltungsleistungen online zur Verfügung gestellt werden. Dabei wurde immer wieder – zu Recht – auf die Notwendigkeit veränderte Abläufe innerhalb der Verwaltung, die Einführung eines digitalen Dokumentmanagementsystems (DMS) und das Ziel eines digitalen Workflows hingewiesen. Da die Corona-Pandemie in 2020 und 2021 die Arbeitsbedingungen in der Verwaltung zumindest nicht einfacher gemacht hat, gleichzeitig aber Home-Office der Beschäftigten, vermehrte Videokonferenzen und physische Zugangsbeschränkungen in den Verwaltungsgebäuden die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit digitaler Prozesse unter Beweis gestellt haben, erwarten wir einen aktualisierten Sachstandsbericht.

*Mit freundlichen Grüßen
Aylin Höppner*

Beratungsergebnis:

| | | | | | | | | |
|--------------------------|---|-----|--------------------------|---|------------------|--------------------------|---------------|--|
| Gremium | Sitzung am | Top | Öffentlich: | <input type="checkbox"/> | Einstimmig: | <input type="checkbox"/> | Ja-Stimmen: | |
| | | | Nichtöffentlich: | <input type="checkbox"/> | Mit | <input type="checkbox"/> | Nein-Stimmen: | |
| | | | | | Stimmenmehrheit: | <input type="checkbox"/> | Enthaltungen: | |
| Laut Beschlussvorschlag: | Protokollanmerkungen und Änderungen | | Kenntnisnahme: | Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt: | | Unterschrift: | | |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> siehe Rückseite: | | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | | <input type="checkbox"/> | | |